

## Zur Lage in Afghanistan - Die Interventionseuphorie ist vorbei.

### Gespräch mit Herfried Münkler (Teil 1 von 2).

Laurent Joachim 24.04.2012

## Ein diffuser Krieg ohne Entscheidungsschlacht

Wenngleich die Teilnehmer der Bonner Afghanistan-Konferenz von Dezember 2011 sich Mut und Hoffnung auf zukünftig blühende Landschaften am Hindukusch zugesprochen<sup>[1]</sup> haben, gilt der Einsatz unter Kennern der Materie seit langem als weitestgehend gescheitert.

Schon im Sommer 2011 fasste<sup>[2]</sup> Matthias Gebauer die nun geltende Afghanistan-Strategie Deutschlands mit den Worten "Augen zu und raus" pointiert zusammen. In Oktober des selben Jahres griff General a.D. Harald Kujat, ehemaliger Generalinspekteur der Bundeswehr, ungewöhnlich scharf in die Debatte ein und gab zu bedenken<sup>[3]</sup>, dass "dieser Einsatz gescheitert [sei] (...). Wenn wir 2014 aus Afghanistan rausgegangen sind, dann werden die Taliban die Macht in wenigen Monaten wieder übernehmen".

Auch Michael Naumann, der Chefredakteur des Politmagazins Cicero, stellte<sup>[4]</sup> Anfang Dezember unverblümt und niederschmetternd fest: "Der Krieg ist verloren." Und der Hessische Rundfunk schloss<sup>[5]</sup> sich Ende Februar 2012 dieser Meinung an, indem er die Niederlage in einer einstündigen Sendung regelrecht sezierte, denn "nun ist es womöglich an der Zeit, dass noch mal jemand Tacheles redet: Dass dieser Krieg verloren ist".

War dieser Krieg eigentlich zu gewinnen - und wenn überhaupt, wofür? Telepolis hat darüber mit Herfried Münkler<sup>[6]</sup>, Politikwissenschaftler an der Berliner Humboldt-Universität, gesprochen.

## Dieser Krieg ist im Verlauf ihrer Anwesenheit entstanden

► Herr Münkler, nach einer Dekade Krieg in Afghanistan scheint die Endzeitstimmung nun erdrückend zu sein. Sind die westlichen Mächte in einen Krieg gelockt worden, der nicht zu gewinnen war?



**Herfried Münkler:** Man muss zunächst festhalten, dass in Deutschland der Einsatz in Afghanistan lange nicht als Krieg wahrgenommen und wohl auch strategisch nicht so konzipiert worden ist. Man ist davon ausgegangen, in ein Land zu gehen, das nach einem mehrere Jahrzehnte währenden Bürgerkrieg mitsamt der sowjetischen Intervention friedenswillig und friedensreif war, um dort entsprechende Absicherung für die Aufbauhilfe zu leisten.

Dann aber hat sich im Laufe der Zeit die Situation verändert und aus dem, was als militärische abgesicherte Aufbauhilfe konzipiert war, wurde mehr und mehr ein Kampfeinsatz. Aus heutiger Sicht betrachtet hätte man das natürlich im Voraus wissen können. Aber aus der damaligen Perspektive ist man davon ausgegangen, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen im Lande Frieden will - und dazu wollte man seinen Beitrag leisten.

Ich glaube also nicht, dass die westlichen Mächte in einen Krieg "hineingelockt" worden sind, sondern dieser Krieg ist im Verlauf ihrer Anwesenheit entstanden, nicht zuletzt auch durch die Fehler, die sie dabei gemacht haben.

▶ Welche Fehler waren das? Haben die Politiker und das Militär, von Hybris, Unwissen oder Illusionen geleitet, die Lage falsch eingeschätzt bzw. die Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit des Feindes völlig unterschätzt?

**Herfried Münkler:** Ja, Unwissen und Illusionen haben bei diesem Fehlschlag eine Rolle gespielt, ganz zweifellos aber auch die Unterschätzung der Wandlungsfähigkeit des Feindes. Gehen wir das der Reihe nach durch.

Erstens: Man ist davon ausgegangen, dass man in ein Land mit klaren Grenzen hineingeht. Dass gerade die Grenzen zu Pakistan, was ja eigentlich ein Verbündeter der westlichen Mächte ist, diffus und offen waren und von hier wie bereits in der Zeit des Krieges mit den Sowjets permanent Waffen und Kämpfer einsickerten bzw. sich in die pakistanischen Gebiete auch wieder zurückzogen, hat man ganz offensichtlich unterschätzt. Es ist nicht gelungen, den Konflikt so zu lokalisieren, dass man die verbliebenen Gegner stellen konnte.

Zweitens: Sodann ist das ganze Projekt zu aufwändig geplant und über einen zu langen Zeitraum angelegt worden. Das Konzept der Afghanisierung hat viel zu spät begonnen. Damit hätte man gleich beginnen müssen. Mit jedem Jahr, das die westlichen Streitkräfte weiter im Land blieben, erhöhte sich nicht nur ihre Angreifbarkeit, sondern auch die Wahrscheinlichkeit, dass sie durch unangemessenes Verhalten oder massive Fehler (vom Urinieren auf getötete Gegner<sup>[7]</sup> über die Verbrennung von Koranexemplaren<sup>[8]</sup> bis zum Amoklauf eines US-Soldaten<sup>[9]</sup>) den Zorn der Afghanen wecken würden.

Drittens: Offenbar hat man sich unter dem Einfluss der recht starken afghanischen Exilgemeinde in den westlichen Ländern falsche Vorstellungen von dem Zustand des Landes und der Mentalität der Bevölkerung gemacht (Wer sind die Taliban?<sup>[10]</sup>).

## **Normative Überfrachtung - die Demokratisierung konnte nicht funktionieren**

▶ Sie sagen, dass der Prozess der Afghanisierung, also der Etablierung ökonomischer und politischer Strukturen, zu lange gedauert hat. Bedenkt man aber den Umfang der Wahlfälschungen bei den Präsidentschaftswahlen von 2009, dem Symbol des Afghanisierungsprozess, hat sich der Anspruch eine Demokratie westlichen Musters in Afghanistan einführen zu wollen, als Blamage für die NATO-Länder herauskristallisiert. Wie sollte Afghanistan nun regiert werden, damit das Land auch zufriedenstellend funktioniert?

**Herfried Münkler:** Vermutlich war das Projekt einer Demokratisierung Afghanistans überzogen, wie überhaupt eines der großen Probleme des Einsatzes seine normative Überfrachtung gewesen ist. Schon bald ging es nicht mehr bloß darum, eine gewisse Stabilität zur Entfaltung der Friedensökonomie herzustellen, sondern die Gleichberechtigung der Frauen, den Schulbesuch der Mädchen und vieles mehr durchzusetzen.

Diese normative Ausgestaltung des Einsatzes, an der die innenpolitische Diskussion in Deutschland wesentlich mitgewirkt hat, um auf diese Weise die Unterstützung eines Großteils

der Bevölkerung zu gewinnen, ist sicherlich auch ein Grund des Scheiterns: Es wurden zu viele Ziele gleichzeitig verfolgt und dadurch dehnte sich der Einsatz immer länger aus. Außerdem ging es plötzlich nicht mehr um die Gewährleistung von Sicherheit, sondern um die Transformation der afghanischen Gesellschaft.

Karsai war von Anfang an der Kandidat der Amerikaner, sie haben ihn 2001 in Petersburg<sup>1</sup> unbedingt gewollt und durchgesetzt. Damit war der natürlich in einer schwierigen Situation, auf der einen Seite seinen eigentlichen Protektoren zu Willen zu sein und auf der anderen Seite sich Mehrheiten in der afghanischen Bevölkerung zu besorgen, was dann offenbar nur noch mit Wahlfälschungen möglich war.

Die lange Dauer der Anwesenheit von Interventionstruppen und Wahlen innerhalb dieses Zeitraums mit der Möglichkeit eines Machtwechsels passen nicht zusammen. Insofern konnte die Demokratisierung auch nicht funktionieren, selbst dann nicht, wenn man, was realistisch ist, nicht die Anforderungen einer westlichen Demokratie an eine entsprechende politische Partizipation in Afghanistan anlegt.

## Nach 2014

Die weiterhin sehr problematische Lage der Menschenrechte (besonders von Frauen), die allgegenwärtige Korruption und die Drogenökonomie gelten heute schon als die größten Probleme Afghanistans, obwohl die NATO-Soldaten das Land größtenteils kontrollieren und für eine gewisse Ordnung sorgen. Man kann sich deshalb des Eindrucks kaum erwehren, dass, sobald diese Soldaten 2014 abgezogen werden, das Land in ein dramatisches Chaos oder gar in den Bürgerkrieg stürzen wird. Ist ein solches Szenario noch abwendbar?

**Herfried Münkler:** Vermutlich wird 2014 nach dem Abzug der westlichen Truppen Afghanistan wieder seiner eigenen Rhythmik folgen, d.h. Korruption wird nicht länger als solche wahrgenommen, sondern als eine Form von Klientelismus und Loyalitätspflege und natürlich als die wachsende Chance, zu Macht, Einfluss und Geld zu kommen. Dabei spielen die Drogenökonomie und das System der Warlords, das sich zu einem erheblichen Teil auf sie stützt, eine erhebliche Rolle. Ob das zu einem Bürgerkrieg führt, bleibt abzuwarten.

Es kann auch sein, dass sich die verschiedenen "starken Männer" darüber einigen, wie das Land aufgeteilt wird bzw. wer an einer wie auch immer dastehenden Zentralregierung beteiligt wird. Ich will also nicht ausschließen, dass alternativ zum Bürgerkrieg eine Situation entsteht, wie sie im Prinzip der afghanischen Geschichte bis in die 1960er Jahre entspricht. Eine schwache Regierung in Kabul mit einer eher symbolischen Integrationsfigur, die Macht bei den Stämmen und deren "Chefs", die gemäß Gewohnheiten und Konventionen regieren, sich also wesentlich auf eine Autorität stützen, die den Gebrauch von Gewalt in Grenzen hält.

Aber seit den 1970er Jahren ist Afghanistan, zunächst durch Putsche seines eigenen Militärs, dann durch Einflüsse von außen in einen Prozess der Modernisierung hineingezogen worden, der diese traditionelle Autorität aufgelöst hat. Es ist unwahrscheinlich, dass es eine Rückkehr zu den damaligen Verhältnissen gibt. Aber es könnte zu einer ähnlichen Konventionalisierung der Machtverhältnisse kommen, bei der offene Gewaltandrohung allmählich in Autorität transformiert wird. Man sollte diesen Zustand nicht idealisieren, aber er wäre vorerst wohl das Beste, was dem Land widerfahren kann.

## Bin Laden und die mediale Konstruktion

Das hochstilisierte Kriegsziel der Amerikaner, war es Osama Bin Laden festzusetzen und Rache für den Anschlag gegen den World Trade Center zu nehmen. Nun wurde bin Laden am 2. Mai 2011 von einem amerikanischen Kommando in seinem pakistanischen Versteck exekutiert<sup>[11]</sup>. Eine zumindest rechtlich höchstfragwürdige Aktion für einen demokratischen Staat, aber damit wurde das offenkundige Kriegsziel der USA erreicht. Dennoch hat sich die Lage in Afghanistan keinen Deut verbessert. Wie ist das zu erklären? Hat bin Laden, doch nicht die herausragende Bedeutung gehabt, die ihm verliehen wurde oder hat sich der Krieg in Afghanistan mittlerweile verselbständigt?

**Herfried Münkler:** Ich würde immer zwischen der Festsetzung oder Tötung Osama Bin Ladens und der Stabilisierung Afghanistans unterscheiden. Dass beide so gerne miteinander verbunden oder vermischt werden, hat damit zu tun, dass im Jahr 2001 bin Laden sich mit großer Wahrscheinlichkeit in Afghanistan aufgehalten hat und sich das dortige Taliban-Regime weigerte, ihn an die USA auszuliefern.

Von da an, bzw. nachdem bin Laden aus der Bergfestung Tora Bora<sup>2</sup> entkommen war, trennten sich die Wege des Afghanistan-Einsatzes und der Jagd auf bin Laden. Um Bin Laden schließlich zu stellen und zu töten, bedurfte es nicht zigtausender Soldaten in Afghanistan, sondern das war mit etwas geheimdienstlicher Arbeit und einer Gruppe leichter Infanterie zu erledigen.

Überhaupt beobachten wir hier seit geraumer Zeit die Entwicklung einer anderen, womöglich sehr viel effektiveren, aber humanitär wenig ansprechenden Strategie der Bekämpfung terroristischer Gruppen, nämlich den Gebrauch von Kampfdrohnen mit Hellfire-Raketen<sup>3</sup> und auch gelegentliche Kommandoaktionen. Diese seit zwei bis drei Jahren verstärkte Form des Kampfes gegen terroristische Gruppen ist, jedenfalls was die Ausschaltung, sprich Tötung, hoher al Qaida-Führer anbetrifft, recht effektiv und schließlich ist auch bin Laden auf diese Weise getötet worden.

Das Afghanistan-Projekt hatte ab einem bestimmten Zeitpunkt, sagen wir 2003/2004, nicht wesentlich mehr mit al Qaida zu tun und schon gar nicht mit Bin Laden. Wenn man über die Bedeutung Bin Ladens als Legitimation des Einsatzes nachdenkt, so muss man zunächst feststellen, dass es sich bei ihm um eine mediale Konstruktion gehandelt hat. Der alte Mann, der in Pakistan erschossen wurde und der offenbar damit beschäftigt war, sich Videos anzuschauen, welcher Art auch immer, hat ja wenig mit dem Bild des Terrorfürsten zu tun, das in den Medien gezeichnet worden ist.

Bin Laden hatte die Funktion, dem weithin unsichtbaren bzw. sich nur in Anschlägen zeigenden Terrorismus ein Gesicht zu verleihen, den "Mastermind" im Hintergrund zu visualisieren, was natürlich der zugleich kommunizierten Gruppenstruktur vom Netzwerk widersprach.

Ein Netzwerk ist ja mithin dadurch definiert, dass es diesen "Mastermind" nicht gibt, also Bin Laden nie eine solche zentrale Funktion hatte bzw., wenn er sie gehabt hätte, hätten wir es nicht mit einem Netzwerk, sondern mit einer Hierarchie zu tun. In der Begrifflichkeit der Köpfe bzw. deren Visualisierung in den TV-Sendungen sind offenbar Vorstellungen von der Struktur terroristischer Gruppen generiert worden, die diese falsch gezeichnet haben.

## Anhang

### Fußnoten

1)

Die erste Afghanistan-Konferenz fand am Petersberg bei Bonn statt. Dort wurde das Petersberg-Abkommen vom 5. Dezember 2001 vereinbart in welchem (u. A.) Hamid Karzai zum Vorsitzenden der Interim-Regierung nominiert wurde.

2)

Die Schlacht um Tora-Bora, wo bin Laden vermutet wurde, fand vom 12. bis 17. Dezember 2001 statt.

3)

Die US-Amerikanische AGM-114 Hellfire ist eine etwa 50kg schwere Luft-Boden Rakete (Gefechtskopf ca. 8-9kg), die Überschallgeschwindigkeit erreicht. Ursprünglich zur Panzerabwehr und für Kampfhubschrauber als Trägerplattform entwickelt, können mit dieser Waffe befestigte Ziele bis zu ca. 8km Entfernung bekämpft werden.

### Links

[0]

<http://www.heise.de/tp/artikel/14/14652/1.html>

[1]

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2011/12/2011-12-14-fortschrittsbericht-afghanistan.html>

[1]

<http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>

[2]

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,772338,00.html>

[3]

<http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1317878041505>

[4]

<http://www.cicero.de//weltbuehne/bundeswehr-afghanistan-al-qaida-der-krieg-ist-verloren/47459>

[5]

[http://www.hr-online.de/website/radio/hr2/index.jsp?rubrik=14224&key=standard\\_podcasting\\_derTag&mediakey=podcast/derTag/derTag\\_20120228&type=a](http://www.hr-online.de/website/radio/hr2/index.jsp?rubrik=14224&key=standard_podcasting_derTag&mediakey=podcast/derTag/derTag_20120228&type=a)

[6]

<http://www.bgss.hu-berlin.de/lehrebereiche/theorie-der-politik/mitarbeiter-innen/2507/cvhm>

[7]

<http://www.heise.de/tp/blogs/8/151205>

[8]

<http://www.heise.de/tp/blogs/8/151474>

[9]

<http://www.heise.de/tp/blogs/8/151596>

[10]

<http://www.heise.de/tp/artikel/35/35716/1.html>

[11]

<http://www.cicero.de/weltbuehne/osama-bin-laden-terrorismus-abbottabad-eine-rekonstruktion-der-ereignisse/46100>

[12]

<http://www.heise.de/tp/artikel/36/36225/1.html>

[13]

<http://www.heise.de/tp/artikel/36/36229/1.html>

Artikel URL: <http://www.heise.de/tp/artikel/36/36818/1.html>

Copyright © Telepolis, Heise Zeitschriften Verlag

## Zur Lage in Afghanistan - Die Interventionseuphorie ist vorbei.

### Gespräch mit Herfried Münkler (Teil 2 von 2)

Laurent Joachim 28.04.2012

## Die Kunst des Rückzugs

Der Afghanistan-Einsatz gilt unter Kennern der Materie als gescheitert<sup>[1]</sup>. Im zweiten Teil des Telepolis-Gesprächs mit dem Politikwissenschaftler Herfried Münkler (Teil 1 Ein diffuser Krieg ohne Entscheidungsschlacht<sup>[2]</sup>) geht es um Exit-Strategien, den Bedeutungsverlust des Militärischen, "lauwarme" Kriegszustände und Fragen zum Erfolg bzw. Scheitern des Rückzugs.

▶ Nachdem der Aufbau eines starken Zentralstaates nicht die gewünschten Ergebnisse erzielte, haben die Amerikaner ihre Taktik geändert und versuchen gegenwärtig Lokalmilizen aufzustellen. Diese Milizen laufen nicht nur der afghanischen Verfassung zuwider, die ein Machtmonopol vorsieht, sie haben innerhalb kürzester Zeit den zweifelhaften Ruf errungen, die Bevölkerung aufs Übelste zu drangsalieren. Darf die "Exit-Strategie" des Westens überhaupt so aussehen, oder verspielen da die westlichen Demokratien nicht nachhaltig ihre moralische Autorität?



**Herfried Münkler:** Nun ja, hier haben wir es mit einem grundsätzlichen Problem von Koalitionskriegführung zu tun, nämlich der Absprache der Verbündeten untereinander bzw. der unabgesprochenen Änderung der Strategie durch den Mächtigsten der Verbündeten. Offenbar haben die Amerikaner, nachdem erkennbar wurde, dass mit Karsai und seinen Leuten das Land nicht unter Kontrolle zu bringen war, auf ein altes Konzept der Partisanenbekämpfung gesetzt, nämlich die Aufstellung von Milizen.

Dabei treten dann zwangsläufig die beschriebenen Folgen auf, denn vermutlich handelt es sich ja nicht um besonders gute Gutmenschen, die sich in diesen Milizen bewaffnen, sondern um raue Krieger und solche, die glauben, mit der Waffe in der Hand sei für sie mehr zu gewinnen, als mit ordentlicher Arbeit. Das war und ist eine nachhaltige Abkehr vom Ziel der Errichtung einer Friedensökonomie, in der es ja gerade um die Transformation von Kämpfern in Leute geht, die ihre Zukunft nicht in der Gewalt, sondern in Arbeit sehen.

## Geordneter Rückzug: zuverlässige Absprache mit dem Gegner nötig

▶ Auch die Bundesregierung scheint sich mit der richtigen "Exit-Strategie" schwer zu tun. Zwar unterstreicht Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) unermüdlich, dass die deutschen Soldaten 2014 abgezogen werden, aber als die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) am 12. Februar dieses Jahres das Land besuchte, sorgte sie für Verwirrung mit der Aussage, dass Sie "noch nicht sagen"

könne, ob der Abzug bis 2014 zu schaffen sei<sup>1</sup>. Es scheint also nicht einmal innerhalb der Bundesregierung Konsens im Umgang mit der afghanischen Frage zu herrschen. Wie sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach den nun zu erwartenden Abzug verwalten - oder soll der Einsatz doch noch verlängert werden?

**Herfried Münkler:** Die Kunst des Rückzugs ist in diesem Falle eine wirklich große Kunst, denn sie hängt von einer Fülle nicht beplanbarer und auch nicht vorhersehbarer Faktoren ab. Nochmals zum Problem Koalitionskriegführung: Wenn François Hollande in Frankreich die Präsidentschaftswahlen gewinnt, will er noch in diesem Jahr die französischen Truppen abziehen. Dann kommt eine Dynamik in Gang, die das Jahr 2014 für die Bundeswehr in Frage stellt. Auch aus den USA hört man ähnliches.

Vermutlich hat Frau Merkel das im Kopf gehabt, als sie die etwas verwirrenden Äußerungen zum Abzugszeitpunkt gemacht hat. Außerdem muss man in einem solchen Zusammenhang darauf achten, dass die Nachhut nicht abgeschnitten wird, d.h., dass man die erforderliche Zeit für einen geordneten Rückzug hat. Das ist aber schwer möglich, wenn man einen Rückzug durchzuführen hat, der nicht darauf hinausläuft, die Front um ein paar Kilometer zurückzuverlegen, sondern ein Land zu verlassen und Tausende von Kilometern zurückzulegen.

Vermutlich wird das nur möglich sein, wenn man mit dem Gegner, den Taliban oder wer sonst auch immer an den jeweiligen Stellen das Sagen hat, konkrete, verbindliche und zuverlässige Absprachen trifft.

## Man hat zu lange auf militärische Lösungen gesetzt

►Dieser Krieg wird also letztendlich nicht auf dem Schlachtfeld, sondern am Verhandlungstisch und in Absprache mit den Taliban, mit dem Erzfeind, entschieden?

**Herfried Münkler:** Nun ja, wie ich gerade gesagt habe, ohne Absprachen mit den Taliban wird es keinen geordneten Abzug geben. Vermutlich hätte man in dieser Frage schon früher auf die Taliban zugehen sollen, um sie in eine Kompromissstruktur einzubinden. Das ist nicht geschehen, man hat zu lange auf militärische Lösungen gesetzt, wiewohl diese gar nicht mehr erfolgversprechend waren, und darüber hat man das Erfordernis politischer Gespräche aus dem Auge verloren. So jedenfalls erscheint es von hier aus betrachtet.

## Das Problem Pakistan ist ein Riesenproblem

►Der Krieg in Afghanistan überschreitet bekanntlich die pakistanische Grenze. Wäre es nicht weise, den Anspruch Islamabad als Schutzmacht der Region zu erkennen und die dortige Regierung an den Friedensbemühungen offiziell zu beteiligen?

**Herfried Münkler:** Das Problem Pakistan ist ein Riesenproblem, weil die Pakistani seit der Unterstützung der Mujaheddin im Kampf gegen die Rote Armee darauf gesetzt haben, durch die Schaffung eines eng verbündeten Afghanistan an strategischer Tiefe gegenüber Indien zu gewinnen. Die Konfrontation mit Indien, also Probleme an der gegenüberliegenden Grenze Pakistans, ist der Grund, warum namentlich der pakistanische Geheimdienst immer wieder darum bemüht war, Afghanistan strukturell unter seine Kontrolle zu bekommen. Andererseits würde ich bei Pakistan von einer "Schutzmacht der Region" nicht sprechen.

Was die Pakistani hinbekommen haben, ist eher die Blockierung von Strukturen, die ihnen nicht angenehm sind, aber sie haben es nicht geschafft, nicht einmal in ihrem eigenen Land, selber Strukturen auszubilden, die belastbar sind. Man kann also Pakistan in die Friedensbemühungen einbinden, aber die dahinterstehende Frage ist eigentlich, wen in Pakistan



man dann ansprechen will. Die Regierung, das Militär oder aber die Stammesfürsten, die in den Grenzregionen das Sagen haben? Das Problem hinter dem Problem ist also die Instabilität Pakistans.

## Allmählicher Bedeutungsverlust des Militärischen

Die USA - und ihre Alliierten - haben also diesen Krieg verloren oder zumindest ihre Ziele offenkundig nicht erreicht. Der Westen und sein Wertesystem dürften in den Augen der Weltgemeinschaft nun nicht mehr als überlegt, und unschlagbar gelten. Was bedeutet das für die Zukunft Europas und der USA auf der weltpolitischen Bühne?

**Herfried Münkler:** Ich denke, die entscheidenden Schachzüge auf der weltpolitischen Bühne werden zurzeit auf dem Felde der Ökonomie gemacht. Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts, spätestens aber seit dem Ende der Ost-West-Konfrontation beobachten wir einen allmählichen Bedeutungsverlust des Militärischen, und das hat unter anderem zur Folge, dass ein Scheitern des Militärs nicht mehr so weitreichende Folgen hat, wie das früher einmal der Fall gewesen ist.

Die Zukunft Europas entscheidet sich in der Frage der Staatsschuldenkrise, aber auch anhand der Fähigkeit der Bevölkerungen, die tiefgreifenden Mentalitätsunterschiede innerhalb Europas auszuhalten. Und auch die Rolle der USA auf der weltpolitischen Bühne wird auf der darunterliegenden Bühne der Weltökonomie entschieden.

## Ära der wesentlich humanitär bestimmten Interventionen ist zu Ende

Der Krieg zwischen Staaten - zuerst der offene Krieg, später der Stellvertreterkrieg - galt lange als patente Möglichkeit, um Differenzen zwischen politischen Systemen ultima ratio zu entscheiden. Wird der offene Krieg als Durchsetzungsinstrument des Staates also zum Auslaufmodell, besonders für die Europäer, die ihre Kinder nicht mehr auf fremden Schlachtfeldern sterben sehen wollen?

**Herfried Münkler:** Ja, so ist das. Gesellschaften mit niedrigen demografischen Reproduktionsraten können sich Kriege mit höheren Opferzahlen nicht leisten. Man kann, das klingt vielleicht etwas zynisch, auch sagen, bei Staaten mit geringen Geburtenraten sei zu viel emotionales Kapital in jedem einzelnen Kind gebunden, als dass man diese Kinder irgendwo in der Welt zu Tode lassen kommen könnte. Ich glaube also, dass die Ära der wesentlich humanitär bestimmten Interventionen, und darum ging es letzten Endes in Afghanistan, spätestens nach der Abspaltung des Krieges gegen al Qaida vom Afghanistan-Einsatz, zu Ende ist.

Aber das heißt nicht, dass man terroristische Gruppen in Zukunft nicht bekämpfen wird. Man wird das nur anders tun: Nicht mehr so lange und vor allem nicht mehr mit so vielen Soldaten im Land, sondern mit entsprechendem militärischen Equipment, um terroristische Akteure zu identifizieren und sie etwa mit Hilfe von Luft-Boden-Raketen, die von Drohnen abgeschossen werden, zu eliminieren. Also: die amerikanische Strategie der letzten zwei/drei Jahre in Afghanistan und zum Teil auch im pakistanischen Grenzland gibt hier eher das Muster vor. Man macht sich selber unverwundbar, was ja bei Drohnen der Fall ist, wenn sie von weit entfernten Orten gesteuert wurden.

## "Lauwarme" Kriegszustände

Der Krieg scheint sich in den letzten Jahren in Afghanistan "orwellisiert" zu haben, könnte man sagen: Es herrschen keine allumfassende Kriegszustände aber auch keinen greifbaren Frieden. Vielmehr ist eine

Mischform entstanden, mit zeitlich und geografisch wechselhaften Konstellationen bestehend aus einerseits friedlichen Gebieten und andererseits Gebieten, die vom Krieg heimgesucht werden. Auch die Akteure des Krieges wechseln ihre Allianzen beliebig nach unmittelbarem Nutzen. Wird der anzustrebende, aber vielfach unerreichbare, Friedenszustand in den "Neuen Kriegen" durch einen limitierten, "lauwarmen" aber dauerhaften Kriegszustand ersetzt, und als solcher von der Weltgemeinschaft als "annehmbarer Ersatzfrieden" akzeptiert, etwa um den Abzug aus Afghanistan in der Öffentlichkeit zu rechtfertigen?

**Herfried Münkler:** Genau das ist die bedrückende Diagnose, die ich bereits 2002 bei Erscheinen meines Buchs über die Neuen Kriege so formuliert habe. Es war die große Ordnungsleistung der territorialen Akteure, also der Flächenstaaten, klare Grenzlinien zwischen Krieg und Frieden zu schaffen und die Übergänge entsprechend zu formalisieren, also Kriegserklärung, Waffenstillstand, Friedensschluss. Das alles hat sich mit der Transformation der Akteure, die ja in der Regel gar nicht mehr Territorialstaaten sind, verändert. Es gibt Regionen der Erde, in denen der Krieg endemisch geworden ist. Dazu gehört auch, dass er sich mit der organisierten Kriminalität verbunden und vermischt hat.

Über die Drogenökonomie der Warlords in Afghanistan habe ich schon gesprochen, aber natürlich ist da auch an Mexiko (Ist Mexiko ein Kriegsgebiet?<sup>[3]</sup>) zu denken oder an Kolumbien. Es gibt einen Gürtel, der sich um den Globus zieht, in dem kein Frieden in unserem Sinne herrscht, aber auch kein erklärter Krieg, sondern so etwas, wie Sie es nennen, wie ein "lauwarmer" Kriegszustand.

Die Hoffnung am Ende des 20. Jahrhunderts war, dass es mit Geld, Militär und politischer Unterstützung möglich sei, auch hier einen verlässlichen Frieden herzustellen. Auf dem Balkan ist dies den Europäern einigermaßen, sicherlich nicht richtig gut, aber immerhin ein wenig gelungen. Afghanistan ist das Gegenteil dessen. Wir müssen sehen, wie sich die Lage in Syrien, aber auch in Libyen, wo ja alles andere als stabile Verhältnisse herrschen, weiterentwickeln wird. Wir Europäer werden Afghanistan bald aus dem Blick verloren haben, weil wir mit Problemen in unserer unmittelbaren Umgebung in hohem Maße beschäftigt sein werden.

## Wie viele wir von unseren Freunden und Verbündeten nehmen wir mit?

Die wahrnehmbare Entwicklungsdynamik spiegelt tatsächlich eine unübersehbare Trennung der Interessengemeinschaft zwischen der Kabuler Regierung und dem Westen wider. Was gilt es beim Rückzug zu bedenken, damit die ungelösten Probleme Afghanistans nicht indirekt auf den Westen - womöglich auch auf Deutschland - zurückfallen?

**Herfried Münkler:** Ich glaube, dass schon seit geraumer Zeit gar nicht mehr die Situation der Afghanen im Lande im Mittelpunkt der westlichen Überlegungen steht, sondern das, was ich die Kunst des Rückzugs genannt habe. Die Amerikaner haben in Vietnam damit nicht so gute Erfahrungen gemacht<sup>2</sup>, und auch die Franzosen haben bei ihrem Rückzug aus Algerien sehr viele algerische Freiwillige, die auf ihrer Seite gekämpft haben, zurückgelassen, die dann massakriert wurden<sup>3</sup>. Afghanistan, d.h. für uns längst, wie viele wir von den Freunden und Verbündeten mitnehmen und wie wir sie dauerhaft in unserer westlichen Gesellschaften integrieren wollen. Das ist die andere Seite beim Rückzug der eigenen Truppen: wen nehmen wir mit? Und wen weisen wir ab, weil er möglicherweise nur ein Einflussagent der Drogenstrukturen ist, der in den westlichen Ländern entsprechende Märkte organisieren soll?

In den "neuen Expeditionskriegen" besteht die Kunst des Rückzugs also darin verlorene Schlachtfelder so zu verlassen, dass man sich und seine Mitstreiter in Sicherheit bringt und gleichzeitig sicherstellt, dass das Unheil des fernen Krieges uns nicht doch indirekt bis in die Heimat verfolgt. Seit Ende der Sowjetunion waren die westlichen Mächte aktiv bemüht, ihre Werte in die ganze Welt zu exportieren. Werden sie nun selbst zu "Helden des Rückzugs" oder vielleicht zu geopolitischen Abschottungskünstler, die sich in eine

Art große "Gated Community" zurückziehen, ungeachtet der traurigen Umstände, die an der Peripherie Europas und Amerikas herrschen?

**Herfried Münkler:** Der Westen wird angesichts seiner begrenzten Ressourcen seine Mission - die Durchsetzung von Demokratie und Menschenrechten - zurücknehmen und stärker auf die der Mission gegenüberstehende Räsion setzen: In der spielen die unmittelbaren Eigeninteressen, die Kosten und der Nutzen eine sehr viel stärkere Rolle.

Die Interventionseuphorie ist vorbei. Außerdem werden wir sehr viel mehr mit unserer unmittelbaren Peripherie zu tun haben. Das heißt jedoch nicht Rückzug; die Art der Einflussnahme wird informeller werden und die sichtbare Präsenz geringer. Das Ziel ist, Angreifbarkeit, Vulnerabilität zu vermindern. Und das erreicht man natürlich auch, indem man seine normativen Kriterien reduziert.

*Professor Herfried Münkler (60) lehrt Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine Bücher "Die neuen Kriege" (2002), "Der neue Golfkrieg" (2003) (14652) und "Der Wandel des Krieges : von der Symmetrie zur Asymmetrie" (2010) gelten als Standardwerke der deutschen Konfliktforschung.*

## Anhang

### Fußnoten

1)

Vgl. Merkel sieht Risiken für Bundeswehrabzug aus Afghanistan, AFP, 12.03.2011

2)

In den zwei Tagen vor der Einnahme Saigons konnten die Amerikaner über 7.000 Menschen aus der belagerten Stadt evakuieren (Operation "Frequent Wing"). Aber das Ende des US-Engagements in Vietnam ist im kollektiven Gedächtnis untrennbar mit der Symbolkraft des Fotos des niederländischen Fotografen Huber van Es von der Presseagentur UPI verbunden. Das Bild zeigt, wie eine Menschenmenge am 29. April 1975 (Ein Tag vor dem Fall Saigons) sich verzweifelt drängt und versucht, über eine Leiter einen auf dem Dach eines CIA-Gebäudes wartenden Hubschrauber zu erreichen. Obgleich die US-Operation militärisch erfolgreich verlief, wird dem propagandistischen und somit politischen Sieg dem Vietcong zugeschrieben, da die Amerikaner in der Weltpresse weitestgehend gedemütigt gezeigt wurden.

3)

Von den ca. 8 Millionen Einwohner Algeriens haben ungefähr 260.000 Personen, darunter ca. 60.000 sogenannte "Harkis", also einheimische Hilfssoldaten, für den Verbleib in der Französischen Republik im Unabhängigkeitskrieg (1954-1962) gekämpft oder mitgewirkt. Nach dem Krieg galten deshalb, inklusive Familien, etwa 1,5 Millionen Menschen als gefährdet. Weniger als 100.000 Menschen wurde das Aufenthaltsrecht in Frankreich gewährt. Heute gehen die meisten Forscher davon aus, dass ca. 60.000 bis 70.000 Menschen dem Rachefeldzug des Siegers zum Opfer fielen.

### Links

[0]

<http://www.heise.de/tp/artikel/14/14652/1.html>

[1]

<http://www.heise.de/tp/artikel/36/36225/1.html>

[1]

<http://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>

[2]

<http://www.heise.de/tp/artikel/36/36818/1.html>

[3]

<http://www.heise.de/tp/artikel/36/36460/1.html>

[4]

<http://www.heise.de/tp/artikel/36/36818/1.html>

[5]

<http://www.heise.de/tp/artikel/36/36225/1.html>

[6]

<http://www.heise.de/tp/artikel/36/36229/1.html>

Artikel URL: <http://www.heise.de/tp/artikel/36/36819/1.html>

Copyright © Telepolis, Heise Zeitschriften Verlag